

Wie bereits zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt nutzt **DER PARITÄTISCHE** die Zeit des Wahlkampfes, um soziale Themen ins öffentliche Bewusstsein zu tragen und mit den Kandidatinnen und Kandidaten in einen direkten Diskurs zu sozialpolitischen Herausforderungen zu treten.



Dr. Karamba Diaby (SPD)

MdB - Mitglied des Deutschen Bundestages

- 1. In den vergangenen Jahren haben Träger der Freien Wohlfahrtspflege verstärkt die Abkehr vom Prinzip der Subsidiarität durch die öffentliche Hand beobachtet, z.B. die Rücknahme von übertragenen Aufgaben (bspw. die Kindertagesbetreuung durch Kommunen). Wie wird Ihre Partei das Prinzip der Subsidiarität in der Zukunft wahren und konsequent umsetzen?**

„Die Subsidiarität ist ein Ausdruck von Anerkennung der Kompetenz und Verantwortung vor Ort – dazu stehen wir. Ein Grund warum wir den Kommunen in vielen Bereichen helfen ist, dass besonders finanzschwache Kommunen ihre aufgelegten Aufgaben nicht mehr stemmen können. Deshalb fordern wir eine Entschuldung von besonders betroffenen Kommunen und eine gute finanzielle Ausstattung. Dadurch erhalten Kommunen wieder größeren Handlungsspielraum vor Ort.“

- 2. Frische Luft und frische Eier - warum soll es sich lohnen, auf dem Land zu leben, ohne nennenswerte Infrastruktur? Kein Bäcker, keine Kita, kein Arzt... „Der Bus fährt immer, außer heute!“ Woran machen Sie Lebensqualität - insbesondere in ländlichen Regionen - fest?**

„Wir stehen für eine Gesellschaft des Respekts. Eine Gesellschaft, in der wir uns gegenseitig anerkennen, auch wenn wir in vielerlei Hinsicht verschieden sind. Unsere Politik zielt darauf ab, den Respekt wiederherzustellen. Sie steht für gleiche Teilhabe und gleiche Lebenschancen für alle. Daher wollen wir gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen. Dazu gehört auch, die deutsche Einheit zu vollenden und das Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land, zwischen traditionellen Industrieregionen und neuen Boom-Zonen zu reduzieren. Wir werden die Unterstützung von strukturschwachen Regionen durch die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) verstetigen. Ein zentraler Akteur beim Investitionsgeschehen sind die Kommunen – ihre Investitionskraft müssen wir erhalten und stärken. Gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern heißt auch: Soziale Dienstleistungen dürfen nicht abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune sein. Dazu brauchen wir flächendeckend starke und handlungsfähige Kommunen.“

3. Teilhabemöglichkeiten zu organisieren und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken ist einer der wesentlichen Schwerpunkte in unserer Arbeit. Wie stellen Sie sich eine inklusive Gesellschaft vor und was wird Ihre Partei konkret in diesen Prozess einbringen?

„Eine inklusive Gesellschaft bedeutet Respekt, gleiche Teilhabe und gleiche Lebenschancen für jede und jeden Einzelnen. Wir wollen Menschen mit Behinderungen eine stärkere Teilhabe in allen Lebensbereichen wie Arbeit, Wohnen oder Freizeit ermöglichen. Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir ein Gesetz verabschiedet, dass den Maßstäben der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht wird und Menschen mit Behinderungen unterstützt, ein eigenverantwortliches Leben zu führen. Dies gilt es weiter auszubauen. Wir werden außerdem verschiedene Lebensbereiche stärken, die wichtig für die Inklusion sind. Zum Beispiel wollen wir den Breiten- und Leistungssport fördern (vgl. Zukunftsprogramm S. 47)

Aber mit Programmen wie „Kultur macht stark“ wollen wir auch die Teilhabe an Kunst und Kultur sichern. Digitale und mediale Teilhabe soll mit einem Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung sowie die Förderung digitaler Barrierefreiheit gestärkt werden. Die Regelsätze im neuen Bürgergeld sollen zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen. Und die Kindergrundsicherung soll die Teilhabemöglichkeiten von Kindern stärken. Auch die gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter und Identitäten sehen wir als großen Gewinn für die ganze Gesellschaft. Wir setzen uns für die Anerkennung und Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans-, Inter- und queeren Menschen (LSBTIQ*) ein. Und haben die rechtliche Absicherung von LSBTIQ*-Familien und Trans* und Inter*Personen zum Ziel.“

Magdeburg, 2021